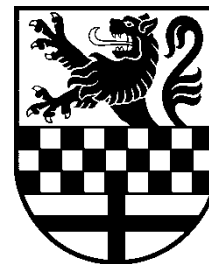


# Amtliches Bekanntmachungsblatt

- Amtsblatt des Märkischen Kreises-



Nr. 15	Ausgegeben in Lüdenscheid am 15.04.2026	Jahrgang 2026
--------	---	---------------

<b>Inhaltsverzeichnis</b>			
09.04.2026	Stadt Neuenrade	Neuwahl Schiedspersonen sowie Einteilung der Stadt Neuenrade in Schiedsamtsbezirk I und II Neuenrade	364
07.04.2026	Stadt Balve	Bebauungsplan Nr. 54 „Vogelschlade“ I. Bekanntmachung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Vogelschlade“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB	364
09.04.2026	Stadt Lüdenscheid	Tagesordnung einer Sitzung des Rates am 20.04.2026	367
08.04.2026	Stadt Plettenberg	Hauptsatzung der Stadt Plettenberg vom 11.03.2026	368
02.04.2026	Stadtwerke Neuenrade – AöR	Tagesordnung einer Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtwerke Neuenrade – AöR am 21.04.2026 - Korrektur der Amtlichen Bekanntmachung vom 08.04.2026 -	374



Stadt Neuenrade

### Bekanntmachung

#### **Neuwahl Schiedspersonen sowie Einteilung der Stadt Neuenrade in Schiedsbezirk I und II Neuenrade**

Durch Beschluss des Rates der Stadt Neuenrade vom 18.02.2026 ist die Stadt Neuenrade in zwei Schiedsbezirke eingeteilt worden:  
Schiedsbezirk I – Neuenrade  
Schiedsbezirk II – Ortsteile Neuenrade

Zudem wurden die Schiedspersonen gewählt:

**Herr Mesut Atalay,**  
**Freiherr-vom-Stein-Straße 18, 58809 Neuenrade,**  
wurde durch den Beschluss des Rates vom 18.02.2026 zum Schiedsmann für den Schiedsbezirk I – Neuenrade - und zugleich als Stellvertreter für den Schiedsbezirk II gewählt.

**Frau Jana-Bianca Behrendt,**  
**Am Hümling 11 , 58809 Neuenrade,**  
wurde durch den Beschluss des Rates vom 18.02.2026 zur Schiedsfrau für den Schiedsbezirk II – Ortsteile Neuenrade – und zugleich als Stellvertreter für den Schiedsbezirk I gewählt.

Die Wahl der Schiedspersonen wurde durch den Direktor des Amtsgerichtes Altena am 01.04.2026 auf die Dauer von fünf Jahren bestätigt.

Neuenrade, 09.04.2026

gez. Volker Klüter  
Bürgermeister



### Bekanntmachung der Stadt Balve

#### **Bebauungsplan Nr. 54 „Vogelschlade“**

##### **I. Bekanntmachung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Vogelschlade“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB**

Der Rat der Stadt Balve hat in seiner Sitzung am 18.03.2026 folgenden Beschluss gefasst:

„1) Der Rat der Stadt Balve beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Vogelschlade“ im Ortsteil Balve gem. § 2 Abs. 1 BauGB.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke 321 und 494 der Flur 13 und das Flurstück 1 der Flur 9 in der Gemarkung Balve.

Der Bebauungsplan wird im Regelverfahren gem. §§ 2 ff BauGB aufgestellt.“

Durch die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Vogelschlade“ soll weiteres Bauland im Ortsteil Balve geschaffen werden.

Der Geltungsbereich kann dem beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, entnommen werden.

##### **Erklärung gem. § 2 Abs. 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht**

Ich bestätige hiermit gem. § 2 Abs. 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmachungsVO) vom 26.08.1999 (GV.NRW S 516), geändert durch Verordnung vom 05.11.2015 (GV.NRW S. 741), dass der Wortlaut des Aufstellungsbeschlusses mit dem Ratsbeschluss vom 18.03.2026 übereinstimmt, dieser Beschluss ordnungsgemäß zustande gekommen ist und dass verfahrensgemäß die Bestimmungen des § 2 Abs. 1 und 2 der BekanntmachungsVO beachtet worden sind.

##### **Bekanntmachungsanordnung**

Der vom Rat der Stadt Balve am 18.03.2026 gefasste Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Vogelschlade“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, zuletzt bekanntgemacht am 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung, kann eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen Satzungen, sonstige

ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von 6 Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- Eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- Die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- Der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- Der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

## **II. Bekanntmachung der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Der Rat der Stadt Balve in seiner Sitzung am 18.03.2026 folgenden weiteren Beschluss gefasst:

„2) Der Rat der Stadt Balve nimmt den Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 54 „Vogelschlade“ mit- samt der Begründung sowie den Umweltbericht und den artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.“

Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ist aus dem Übersichtsplan ersichtlich, der zusammen mit dieser Bekanntmachung veröffentlicht wird.

Er umfasst die die Flurstücke 321 und 494 der Flur 13 und teilweise das Flurstück 1 der Flur 9 in der Gemarkung Balve.

Im Norden wird das Plangebiet von der Straße „Brucknerweg“, im Osten und Süden durch Waldflächen und im Westen durch vorhandene Bebauung begrenzt.

Der Vorentwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung, Umweltbericht und artenschutzrechtlichen Fachbeitrag sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom

**23.04.2026 bis einschließlich 20.05.2026**

im Internet unter [www.balve.de](http://www.balve.de) unter der Rubrik Wirtschaft und Bauen – Bauen und Wohnen – Bauleitpläne - Beteiligungsverfahren einsehbar.

Wenn Sie über ein internetfähiges Smartphone mit entsprechender App verfügen, können Sie die Unterlagen auch über den QR-Code einsehen.



Zudem werden die Unterlagen im Rathaus der Stadt Balve, Widukindplatz 1, Zimmer 44, Fachbereich 4, 58802 Balve, während folgender Zeiten öffentlich ausgelegt:

**Montag** von 08:30 bis 12:00 Uhr  
und von 14:30 bis 17:00 Uhr  
**dienstags bis freitags** von 08:30 bis 12:00 Uhr

Während des vorgenannten Zeitraums können von jedermann Stellungnahmen zu dem Entwurf schriftlich, per E-Mail an [bauleitplanung@balve.de](mailto:bauleitplanung@balve.de) oder während der Dienststunden zur Niederschrift abgegeben werden. Die schriftlichen Stellungnahmen sind an den Bürgermeister der Stadt Balve, Postfach 13 63, 58797 Balve, zu richten.

Die Öffentlichkeit kann sich während des Zeitraums der frühzeitigen Beteiligung über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung informieren und innerhalb der Frist zur Planung äußern.

Folgende Arten von Umweltbezogenen Informationen sind zum Vorentwurf verfügbar und können während der frühzeitigen Beteiligung eingesehen werden:

- Umweltbericht
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Es wird darauf hingewiesen, dass der nach der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitete Bebauungsplanentwurf noch einmal öffentlich ausgelegt wird. Zu diesem Entwurf können während der Auslegungsfrist ebenfalls Anregungen vorgebracht werden.

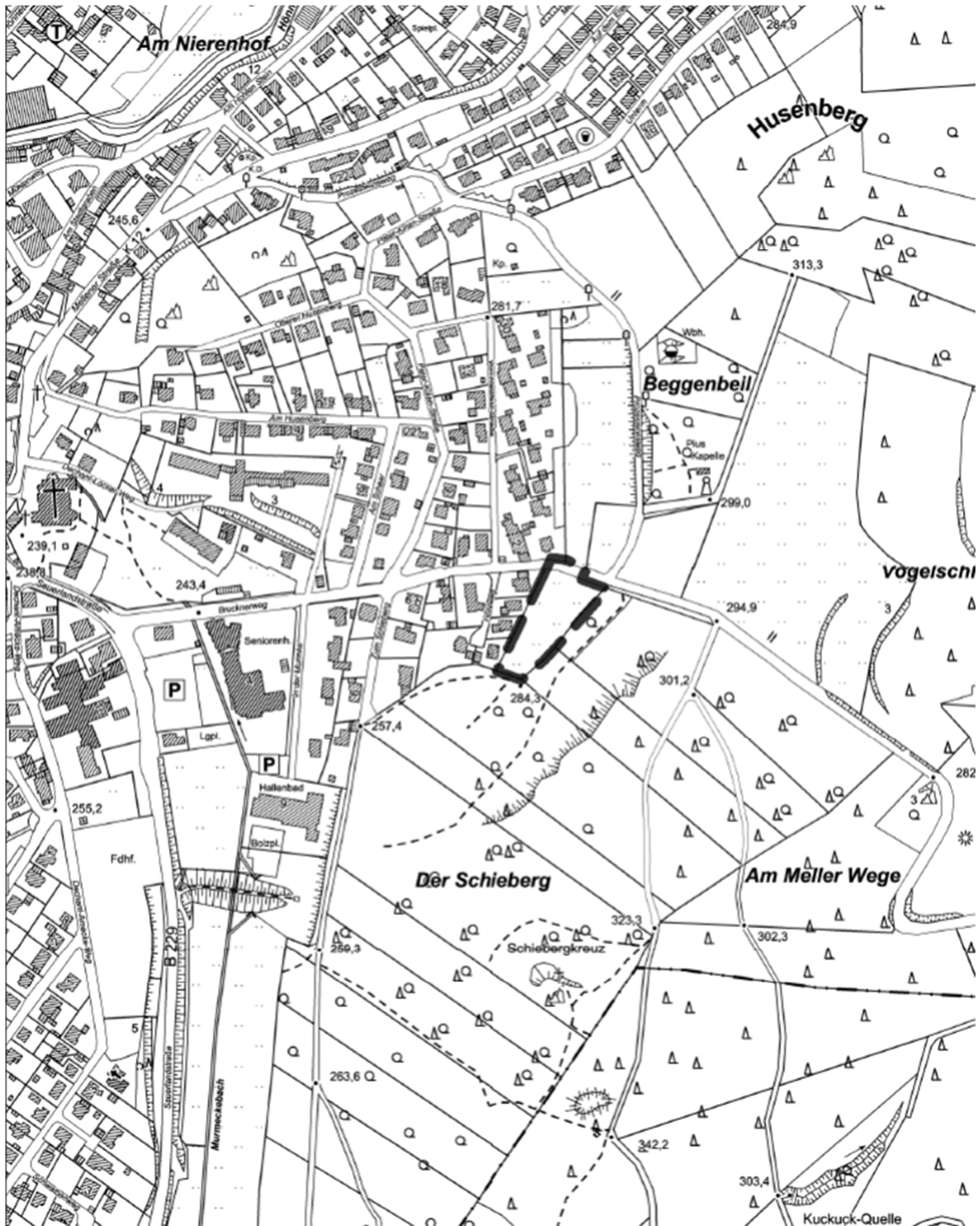
Die öffentliche Auslegung wird zu gegebener Zeit bekannt gemacht.

Balve, 07.04.2026

Stadt Balve  
Der Bürgermeister

gez. Hubertus Mühling

# Übersichtsplan





Geschäftsführung:  
Fachdienst Rat und Bürgermeister

Tagesordnung

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid,

am Montag, dem 20.04.2026, 17:00 Uhr,  
im Ratssaal

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Öffentliche Fragestunde
2. Berichts- und Beschlusskontrolle
3. Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 einschließlich Haushaltssicherungskonzept  
Vorlage: 111/2026
4. Stellenplan für den Doppelhaushalt 2026/2027  
Vorlage: 119/2026  
– **Vorlage wird nachgereicht -**
5. Änderung der Satzung zur Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer in der Stadt Lüdenscheid  
Vorlage: 112/2026
6. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2027, Feuer- und Rettungswache  
Vorlage: 047/2026
7. Antrag der AfD-Fraktion vom 19.02.2026; Unterbringung und Versorgung von Obdachlosen in Lüdenscheid
8. Antrag der Fraktion Die Linke vom 16.03.2026; Endlich handeln: Kommunale Selbstverwaltung verteidigen
9. Antrag der AfD-Fraktion vom 18.03.2026; Lüdenscheid als Partnerstandort für die Umsetzung der Rechenzentrumsstrategie des Bundes
10. Antrag der AfD-Fraktion vom 24.03.2026; Initiativbewerbung zur Einrichtung eines „CyberCampus NRW“ in Lüdenscheid
11. Antrag der AfD-Fraktion vom 24.03.2026; Initiativbewerbung auf Ansiedlung der im Aufbau befindlichen LSA-Zentrale oder IVS-Zentrale (oder beider) der Landesverkehrszentrale NRW in Lüdenscheid
12. Antrag der Fraktion Die Linke vom 30.03.2026; Vergünstigte Tickets Bautz-Festival für Menschen mit geringem Einkommen
13. Antrag der Fraktion Die Linke vom 30.03.2026; Einführung einer Zweitwohnungssteuer
14. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP-Fraktion vom 31.03.2026; Teilhabe ermöglichen – Förderberatung für Familien
15. Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion; Stadtentwicklung: Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)  
– **Antrag wird nachgereicht -**
16. Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 08.04.2026; Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Tourismus, Kultur und Freizeitangebote in Lüdenscheid – Prüfauftrag an Verwaltung, SEG und LSM
17. Erlass einer neuen Hauptsatzung  
Vorlage: 341/2025
18. Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion; Bürgernahe, moderne, leistungsfähige und resiliente Verwaltung unter Änderung der Hauptsatzung und des Stellenplans  
– **Antrag wird nachgereicht -**
19. Bebauungsplan ersetzender Beschluss gemäß § 125 Abs. 2 BauGB im Bereich der "Schlittenbacher Straße"  
Vorlage: 100/2026
20. Lüdenscheider Leitfaden zum „Bauturbo“ – Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung vom 27.10.2025; Grundsatzbeschluss zur Anwendung  
Vorlage: 065/2026
21. Beschluss des Kommunalen Wärmeplans der Stadt Lüdenscheid  
Vorlage: 040/2026
22. Neubau der Feuerwehrrätehäuser Homert, Stadtmitte, Oberrahmede und Brüninghausen  
hier: Sachstandsmitteilung Planung und Budget  
Vorlage: 110/2026
23. Durchführung von Vergabeverfahren der SHBP mit einem Auftragswert von über 100.000 €  
Vorlage: 114/2026

24. Spielplan für das Kulturhaus in der Spielzeit 2026/2027 - Ermächtigung zu Vertragsabschlüssen in der Zeit 01.08.2026 bis 31.07.2027  
Vorlage: 036/2026
25. Anpassung der Eintrittspreise im Abonnement- und Einzelticketbereich des Kulturhauses Lüdenscheid  
Vorlage: 052/2026
26. Betreuung und Förderung für Kinder - Planungen für den Zeitraum 2026/2027  
Vorlage: 050/2026
27. Dienstreise in die polnische Partnerstadt Myslenice  
Vorlage: 116/2026
28. 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2026 für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL)  
Vorlage: 057/2026
29. Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 KomHVO  
Vorlage: 115/2026
30. Vorschlag zur Verwendung der Mittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes  
Vorlage: 113/2026
31. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid im Aufsichtsrat der EGC GmbH und im Verwaltungsrat der STL GmbH  
Vorlage: 022/2026
32. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid im Verwaltungsrat der Seniorenwohnheim Weststraße gGmbH  
Vorlage: 104/2026
33. Umbesetzungen von Ausschüssen; hier: Bau- und Verkehrsausschuss, Finanzausschuss, Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss  
Vorlage: 121/2026
34. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen
- 34.1. Bekanntgaben
- 34.1.1. Umbesetzungen von Ausschüssen; hier: Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
- 34.2. Beantwortung von Anfragen
- 34.2.1. Beantwortung der Anfrage der AfD-Fraktion vom 19.02.2026; Kommunale Strukturen zur Suizidprävention in Lüdenscheid
- 34.3. Anfragen

34.3.1. Anfrage der AfD-Fraktion vom 10.03.2026; Kommunale Bezuschussung des Cafés „NAVI“ und des politischen Neutralitätsgebotes

34.3.2. Anfrage der AfD-Fraktion vom 17.03.2026; Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern während der Schulferien

## B) Nichtöffentliche Sitzung

1. Berichts- und Beschlusskontrolle
2. – 4. Vertragsangelegenheiten
5. Finanzangelegenheiten
6. Berichtswesen
7. Festlegung der zur Veröffentlichung freizugebenden Punkte der Tagesordnung
8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Lüdenscheid, den 09.04.2026

Der Bürgermeister  
gez. Sebastian Wagemeyer

Diese öffentliche Bekanntmachung kann unter [www.luedenscheid.de](http://www.luedenscheid.de) in der Rubrik „Rathaus und Bürger / Aktuelles / Öffentliche Bekanntmachungen“ eingesehen werden.



# Plettenberg

Vier-Täler-Stadt

## Hauptsatzung der Stadt Plettenberg vom 11.03.2026

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW, S. 666/SGV NRW 2013) – in der zurzeit geltenden Fassung -, hat der Rat der Stadt Plettenberg in seiner Sitzung am 10.03.2026 mit Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder des Rates - betreffend der Regelung des § 10 Abs. 5 mit der erforderlichen zwei Drittel Mehrheit - die folgende Fassung der Hauptsatzung beschlossen.

§ 1

Name der Gemeinde

Die politische Gemeinde Plettenberg führt die Bezeichnung "Stadt Plettenberg".

## § 2

### Wappen, Siegel, Flagge, Amtskette

#### 1. Das Wappen der Stadt zeigt:

In einem roten Schilde prangt, zwischen zwei goldenen, mit blauen Spitzdächern versehenen Türmen, welche durch eine Mauer verbunden sind, ein goldener, von einer Krone bedeckter Schild mit einem dreireihig rot-silbern geschachten Balken.

2. Die Dienstsiegel der Stadt entsprechen in Gestalt und Größe den Siegeln dieser Hauptsatzung.
3. Die Stadtflagge enthält die Stadtfarben blau-gelb in zwei gleichgroßen länglich rechteckigen Feldern mit dem Stadtwappen in der Mitte.
4. In öffentlichen Ratssitzungen und bei feierlichen Anlässen trägt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister eine Amtskette.

## § 3

### Gleichstellung von Frau und Mann

Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister unterrichtet rechtzeitig und umfassend die von ihm bestellte hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte über alle Vorhaben und Maßnahmen der Stadt, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben.

Die Gleichstellungsbeauftragte kann, soweit Beratungsgegenstände ihres Aufgabenbereiches behandelt werden, an Sitzungen des Verwaltungsvorstands, des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen.

Sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs in Frage stehen, werden ihr Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, spätestens gleichzeitig zugeleitet.

Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters widersprechen; in diesem Fall hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.

## § 4

### Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner

1. Der Rat unterrichtet die Einwohnerinnen und Einwohner über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten der Stadt Plettenberg. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung entscheidet der Rat von Fall zu Fall.

2. Bei wichtigen Planungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Satz 2 GO NRW sind in der Regel Einwohnerversammlungen durchzuführen, die auf Teile des Stadtgebiets beschränkt werden können.
3. Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohnerinnen und Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung des Rates für dessen Einberufung festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Weitere vom Rat nicht beschlossene Informationsveranstaltungen sind zulässig.

## § 5

### Anregungen und Beschwerden

1. Einwohnerinnen und Einwohner, die seit drei Monaten in der Gemeinde wohnen, haben das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform nach § 126b BGB mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt Plettenberg fallen.
2. Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Plettenberg fallen, sind von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Die antragstellende Person ist hierüber zu unterrichten.
3. Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, die
  1. weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z.B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.),
  2. inhaltlich mit bereits früher eingereichten Anregungen oder Beschwerden identisch sind,
  3. den Inhalt eines Strafgesetzes erfüllen oder
  4. als rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme von öffentlichen Stellen anzusehen sind, sind ohne Beratung von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister zurückzugeben.
4. Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden im Sinne des § 24 Abs. 1 GO NRW bestimmt der Rat den Haupt- und Finanzausschuss.
5. Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Abs. 4 zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnete Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnete Stelle nicht gebunden ist.
6. Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Abs. 2, 3 GO NRW), bleibt unberührt.

7. Die antragstellende Person kann im Einzelfall aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen, sofern eine Vervielfältigung seitens der Gemeinde nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand oder unverhältnismäßig hohen Kosten möglich wäre. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.
8. Die antragstellende Person ist über die Stellungnahme des nach Abs. 4 zuständigen Ausschusses durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister zu unterrichten.

#### § 6

##### Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

1. Der Rat führt die Bezeichnung: Rat der Stadt Plettenberg.
2. Die Mitglieder des Rates führen die Bezeichnung Ratsfrau und Ratsherr.

#### § 7

##### Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Eilentscheidungen des Hauptausschusses oder Dringlichkeitsentscheidungen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 und 2 GO NRW) bedürfen der Schriftform.

#### § 8

##### Ausschüsse

1. Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden. Die Zahl der Ausschussmitglieder soll ungerade sein.  
  
Der Rat kann für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien aufstellen.
2. Der Rat kann sich durch Ratsbeschluss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.

#### § 9

##### Zuständigkeitsregelungen

1.
  - 1.1 Vorbehaltlich der nachstehenden Regelung überträgt der Rat dem Haupt- und Finanzausschuss die Entscheidung über alle übertragbaren Angelegenheiten.
  - 1.2 Der Haupt- und Finanzausschuss berät die Haushaltspläne und bereitet die Entscheidung des Rates vor. Zudem berät der Haupt- und Finanzausschuss über Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken bis zu einem durch besonderen Ratsbeschluss festzusetzenden Wert.

2. Der Bau- und Planungsausschuss berät alle Bauangelegenheiten, die zur Zuständigkeit des Rates oder des Haupt- und Finanzausschusses gehören und bereitet Entscheidungen des Rates oder des Haupt- und Finanzausschusses vor. Des Weiteren berät der Bau- und Planungsausschuss in allen Angelegenheiten der städtischen Forsten und entscheidet über den Wirtschaftsplan.

Zusätzlich berät der Bau- und Planungsausschuss die Planungs- und Umweltangelegenheiten, die zur Zuständigkeit des Rates gehören und bereitet die Entscheidungen des Rates vor.

Dies betrifft insbesondere die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung der Bauleitpläne und die zugehörigen städtebaulichen Verträge, Veränderungssperren und Zurückstellungen, sowie sektoralen Konzepte und Satzungen. Ausgenommen sind Auftragsvergaben.

Der Bau- und Planungsausschuss wird über Denkmaleintragungen nachrichtlich informiert.

Der Bau- und Planungsausschuss entscheidet mit Stimmenmehrheit insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

- 2.1. Anträge auf Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an gemeindlichen Einrichtungen,
- 2.2. Festlegung des Hoch- und Tiefbauprogrammes für ein Rechnungsjahr im Rahmen des Haushaltsplanes,
- 2.3. Durchführungsbeschlüsse für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, soweit diese im Haushaltsplan veranschlagt sind,
- 2.4. Zustimmungen der Gemeinde gemäß § 36a Baugesetzbuch (BauGB) zu Befreiungen nach § 31 Absatz 3 und § 34 Absatz 3b sowie zu Abweichungen gemäß der Sonderregelung nach § 246e BauGB.
- 2.5. Einvernehmen der Gemeinde zu Abweichungen von durch Satzung festgelegte örtliche Bauvorschriften gemäß Bauordnung, wenn die Grundzüge der Planung berührt werden.

3. Der Ausschuss für Sicherheit, Verkehr und Ordnung entscheidet mit Stimmenmehrheit insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

- 3.1. Rettungsdienst (Aufgaben nach dem RettG NRW), Brandschutz, technische Hilfeleistung (Aufgaben nach dem BHKG) und Bevölkerungsschutz im Rahmen der eigenen Zuständigkeit sowie Fragen der Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen in den vorgenannten Bereichen
- 3.2. Ordnungsrechtliche Angelegenheiten des Straßenverkehrs und der Verkehrsüberwachung nach der StVO und dem StrVG NRW

- von besonderer Bedeutung (z. B. absehbare verkehrsrechtliche Maßnahmen, künftige Konzepte zur Parkraumbewirtschaftung)
- 3.3. Grundsätze der Gefahrenabwehr nach den Vorschriften des OBG, des PolG NRW, des PsychKG, BestG NRW (z.B. Erlass Ordnungsbehördlicher Verordnungen o. ä.)
4.
    - 4.1. Der Bürgermeister trifft die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis von Bediensteten in Führungsfunktionen verändern, sind durch den Rat im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister zu treffen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen. Bei Entscheidungen des Rates stimmt der Bürgermeister nicht mit. Erfolgt keine Entscheidung nach Satz 2 oder 3, bleibt es bei der Personalkompetenz der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. Bedienstete in Führungsfunktionen sind Leiter von Organisationseinheiten, die dem Hauptverwaltungsbeamten oder einem anderen Wahlbeamten oder diesem in der Führungsfunktion vergleichbaren Bediensteten unmittelbar unterstehen, mit Ausnahme von Bediensteten mit Aufgaben eines persönlichen Referenten oder Pressereferenten.
    - 4.2. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist befugt
      - 4.2.1. öffentlich-rechtliche Forderungen einzuziehen und das Verwaltungsvollstreckungsverfahren zu veranlassen,
      - 4.2.2. vorbehaltlich entgegenstehender Regelungen dieser Satzung über Rechtsbehelfe zu entscheiden, soweit die angefochtenen oder begehrten Verwaltungsakte nicht aufgrund eines Beschlusses des Rates oder eines Ausschusses erlassen oder abgelehnt worden sind,
      - 4.2.3. öffentlich-rechtliche und zivilrechtliche Geldforderungen der Stadt bis zur Dauer von zwei Jahren zu stunden, und zwar in der Regel verzinslich, soweit dies rechtlich möglich ist, sowie Erschließungsbeitragsforderungen nach dem BauGB zu verrechnen,
      - 4.2.4. öffentlich-rechtliche und zivilrechtliche Geldforderungen der Stadt bis zu einer Höhe, die durch besonderen Ratsbeschluss festgestellt wird, niederzuschlagen oder zu erlassen,
      - 4.2.5. über das Vorliegen eines wichtigen Ablehnungsgrundes bei Personen, die nicht vom Rat zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder zu dem Ehrenamt berufen worden sind, zu entscheiden.
    - 4.3. Durch besonderen Ratsbeschluss wird bestimmt, bis zu welchem Geschäftswert Geschäfte als Geschäfte der laufenden Verwaltung im Sinne des § 41 Abs. 3 GO NRW gelten, und zwar in folgenden Angelegenheiten:
      - 4.3.1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
      - 4.3.2. Abschluss von Vergabe-, Liefer- und sonstigen Verträgen,
      - 4.3.3. Abschluss von Pacht- und Mietverträgen,
      - 4.3.4. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen.
      - 4.3.5. Durch besonderen Ratsbeschluss wird ferner bestimmt, bis zu welcher Höhe über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen als unerheblich im Sinne des § 83 GO NRW anzusehen sind.
    - 4.4. Die Verwaltung führt Vergabeverfahren entsprechend des beschlossenen Haushaltsplanes durch. Abweichend von den Zuständigkeitsregelungen vergibt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister den Auftrag aufgrund des erzielten Vergabeergebnisses in folgenden Fällen direkt:
      - 4.4.1. Baumaßnahmen mit vorausgegangenem Baubeschluss des Fachausschusses oder des Rates,
      - 4.4.2. Maßnahmen entsprechend des vom Rat beschlossenen Hoch- oder Tiefbauprogrammes,
      - 4.4.3. Liefer- und Dienstleistungen mit vorausgegangenem Umsetzungsbeschluss durch den Fachausschuss oder den Rat.

Liegt das erzielte Vergabeergebnis um mehr als 20 Prozent höher als die Kostenberechnung für die Gesamtmaßnahme im Sinne des Haushaltsrechtes, erfolgt ein gesonderter Vergabebeschluss durch den Haupt- und Finanzausschuss oder Rat.

Bei allen Vergaben nach Ziffer 4.4 wird der Rat in nächster Sitzung unterrichtet.

5. Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidungen der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister zu übertragen.
6. Der Rat kann jederzeit - soweit eine Entscheidung noch nicht getroffen wurde - die den Ausschüssen und der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister übertragenen Entscheidungsbefugnisse generell oder für den Einzelfall wieder an sich ziehen (sog. Rückholrecht).

## § 10

### Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz

1. Die Mitglieder des Rates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung.
2. Sachkundige Bürgerinnen und Bürger und sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner erhalten für die im Rahmen der Mandatsausübung erforderliche Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung. Dies gilt unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles auch für die im Rahmen der Mandatsausübung erforderliche Teilnahme an Fraktionssitzungen als stellvertretendes Ausschussmitglied. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 15 Sitzungen im Jahr beschränkt.

Online Fraktionssitzungen, die im gleichen Rahmen stattfinden wie gewöhnliche Fraktionssitzungen sind ebenfalls entschädigungsfähig. Kommt es aufgrund einer Online-Fraktionssitzung zu Verdienstausfall bei Mandatsträgern, kann auch für diesen nach Maßgabe des § 45 Abs. 1 und 2 GO NRW in Verbindung mit der Entschädigungsverordnung eine Entschädigung gewährt werden.

3. Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Der Verdienstausfall wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:

- 3.1. Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz entspricht der Höhe des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung. Eine Verdienstausfallentschädigung wird für maximal 8 Stunden pro Tag gezahlt. Im Übrigen wird die Verdienstausfallentschädigung nur bis maximal 19.00 Uhr gewährt.

- 3.2. Unselbständigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstausfall gegen entsprechenden Nachweis, z. B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers, ersetzt.

- 3.3. Selbständige können eine besondere Verdienstausfallpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstausfall glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.

- 3.4. Personen, die nicht oder weniger als 20 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, jedoch einen Haushalt von mindestens zwei Personen, wovon eine Person ein pflege- oder betreuungsbedürftiger Angehöriger ist, oder einen Haushalt von mindestens drei Personen führen, erhalten anstelle des Verdienstausfalls eine Entschädigung in Form eines Stundenpauschalsatzes. Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung des Mandats werden erstattet.

4. Stellvertretende Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach § 67 Abs. 1 GO NRW und Fraktionsvorsitzende - bei Fraktionen mit mindestens 8 Mitgliedern auch eine stellvertretende Vorsitzende oder ein stellvertretender Vorsitzender, mit mindestens 16 Mitgliedern auch 2 stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens 24 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende - erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe § 46 GO NRW i.V. m. der Entschädigungsverordnung.
5. Von der Regelung, wonach Vorsitzende von Ausschüssen des Rates grundsätzlich eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO NRW i. V. m. § 5 Abs. 5 Satz 1 EntschVO erhalten, werden gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GO NRW folgende weitere Ausschüsse ausgenommen:

Bau- und Planungsausschuss, Bildungs- und Sportausschuss, Jugendhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Sozial- und Gesundheitsausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Sicherheit, Verkehr und Ordnung.

6. Gremienmitglieder im Sinne des § 113 Abs. 1 GO NRW haben Anspruch auf Erstattung von Kosten für Fortbildungsmaßnahmen, die dem Erwerb der erforderlichen Sachkunde oder der Wahrnehmung ihrer Gremienaufgaben dienlich sind. Dies gilt nur, wenn die Gemeinde der Kostenübernahme vorab zustimmt.

## § 11

### Genehmigung von Rechtsgeschäften

1. Verträge der Stadt Plettenberg mit Mitgliedern des Rates oder der Ausschüsse sowie mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Stadt Plettenberg bedürfen der Genehmigung des Rates.
2. Ausgenommen sind:
  - 2.1 Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden,
  - 2.2 Vergabe von Aufträgen öffentlicher oder beschränkter Ausschreibungen nach den vom Rat der Stadt erlassenen Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen,
  - 2.3 Verträge, soweit es sich um Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO NRW) handelt oder ein mit Entscheidungsbefugnis versehener Ausschuss entschieden hat.
3. Leitende Dienstkräfte i.S. dieser Vorschrift sind die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und ihre oder seine allgemeine Vertreterin oder allgemeiner Vertreter sowie die gemäß § 68 Abs. 3 Satz 1 GO NRW mit der auftragsweisen Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauten Beamteten.

## § 12

### Bürgermeisterin oder Bürgermeister

1. Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten werden durch Beschlüsse des Rates der Stadt Plettenberg festgelegt.
2. Im Übrigen hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind.
3. Der Rat wählt aus seiner Mitte ohne Aussprache 2 ehrenamtliche Stellvertretungen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

## § 13

### Beigeordnete / Vertretung im Amt

1. Die Zahl der Beigeordneten wird auf zwei festgelegt.
2. Sind Beigeordnete nicht berufen, bestellt der Rat einen allgemeinen Vertreter/ eine allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

## § 14

### Übertragung von Leitungsfunktionen

Die Leitungen von Organisationseinheiten, die der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister oder dieser oder diesem in der Führungsfunktion vergleichbaren Beschäftigten unmittelbar unterstehen, werden auf Probe übertragen. Näheres regelt § 21 Landesbeamtengesetz.

## § 15

### Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Plettenberg, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, werden vollzogen im Amtsblatt des Märkischen Kreises.

Sind öffentliche Bekanntmachungen in der oben genannten festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so genügt es, für solche Notfälle durch Aushang (Anschlag an der Bekanntmachungstafel) die Öffentlichkeit zu unterrichten.

## § 16

### Stiftung des Ehrenringes der Stadt Plettenberg

1. Die Stadt Plettenberg stiftet zur Ehrung von Persönlichkeiten, die sich um die Stadt Plettenberg in besonderem Maße verdient gemacht haben, den Ehrenring der Stadt Plettenberg.
2. Der Ehrenring trägt das Wappen der Stadt Plettenberg. Auf der Innenseite des Ringes sind "Stadt Plettenberg" und der Tag der Verleihung einzugravieren.
3. Über die Verleihung des Ehrenringes entscheidet der Rat der Stadt auf Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses. Die Verleihung nimmt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister vor.
4. Über die Verleihung des Ehrenringes wird eine Urkunde ausgestellt, die von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister zu unterzeichnen ist. In der Urkunde sind die Verdienste der oder des Beliehenen, die für die Verleihung des Ehrenringes ausschlaggebend waren, zu würdigen. Der Wortlaut der Urkunde ist öffentlich bekanntzugeben.
5. Der Ehrenring bleibt beim Ableben der beliehenen Person ihren Erben als Andenken. Die Erben sind zum Tragen des Ehrenringes nicht berechtigt.
6. Die Stadt kann den Ehrenring entziehen, wenn wichtige Gründe hierfür geltend gemacht werden können. Die Entscheidung trifft der Rat der Stadt.
7. Die Entscheidungen des Rates der Stadt über die Verleihung oder die Entziehung des Ehrenringes der Stadt Plettenberg bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder.

§ 17  
Seniorenvertretung

1. Die Stadt Plettenberg bildet für die Wahlzeit des Rates eine Seniorenvertretung.
2. Die Seniorenvertretung besteht aus bis zu 15 Personen, die der Rat nach der Wahl bestätigt.
3. Die Seniorenvertretung schlägt dem Rat aus seiner Mitte für die Ausschüsse der Bereiche Soziales und Gesundheit, Bildung und Sport, Bau und Planung sowie Sicherheit, Verkehr und Ordnung gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW jeweils ein beratendes Mitglied plus Stellvertretung als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner vor.

§ 18  
Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die frühere Hauptsatzung vom 01.03.2000 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 05.11.2025 außer Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung:**

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

**Hinweis:**

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gegen diese Satzung kann nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) Eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) Die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) Der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet,
- d) Der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Plettenberg vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Plettenberg, 08.04.2026

Der Bürgermeister  
gez. Ralf Beßler



Stadtwerke Neuenrade – AöR

Neuenrade, 02.04.2026

**Bekanntmachung**

Am Dienstag, 21. April 2026 um 18:00 Uhr,  
findet

im Großen Sitzungssaal des Rathauses,  
Alte Burg 1, 58809 Neuenrade  
eine Sitzung

**des Verwaltungsrates der Stadtwerke Neuenrade  
– Anstalt des öffentlichen Rechts  
statt.**

Tagesordnung	
	<b>Öffentlicher Teil</b>
1.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtwerke Neuenrade - Anstalt des öffentlichen Rechts- vom 05.02.2026, öffentlicher Teil
2.	Bericht über die Erledigung der Beschlüsse aus dem öffentlichen Teil der Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtwerke Neuenrade - Anstalt des öffentlichen Rechts - vom 05.02.2026
3.	Anträge zur Tagesordnung
4.	Einwohnerfragestunde
5.	Anfragen und Mitteilungen
6.	Einwohnerfragestunde
	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>
7.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtwerke Neuenrade - Anstalt des öffentlichen Rechts- vom 05.02.2026, nichtöffentlicher Teil
8.	Bericht über die Erledigung der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtwerke Neuenrade - Anstalt des öffentlichen Rechts - vom 05.02.2026, nichtöffentlicher Teil
9.	Anträge zur Tagesordnung
10.	Anfragen und Mitteilungen

11.	Vertragsabschluss
12.	Auftragsvergabe
13.	Vorratsbeschluss zur Auftragsvergabe
14.	Veröffentlichung von Beschlüssen

Zu dieser Sitzung lade ich die Bevölkerung hiermit herzlich ein.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Volker Klüter  
Verwaltungsratsvorsitzender

Diese Bekanntmachung kann auf der Homepage der Stadt Neuenrade unter [www.neuenrade.de](http://www.neuenrade.de) aufgerufen werden.

Herausgeber: Märkischer Kreis – Der Landrat, 58509 Lüdenscheid, Postfach 2080. Einzel Exemplare sind bei den Stadtverwaltungen im Kreis, bei der Kreisverwaltung Lüdenscheid und im Internet unter [www.maerkischer-kreis.de](http://www.maerkischer-kreis.de) kostenlos erhältlich; auf fernmündliche oder schriftliche Anforderung werden Einzel Exemplare zugesandt. Das Bekanntmachungsblatt erscheint wöchentlich.